

## Pressemeldung

Limburg, 24.03.2017

### Zukunft der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte ungewiss

#### Land Hessen verweigert weiterhin Förderung der unabhängigen Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen. Mitglieder rufen Vorstand dazu auf, den politischen Druck zu erhöhen

Bei der ersten Mitgliederversammlung des Vereins „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ am 23. März in Wiesbaden ist die Stimmung gedämpft bei den Anwesenden. Und das, obwohl Vorstandsvorsitzender Peter Röder positive Zahlen und Fakten vorlegt. Im ersten Jahr seines Bestehens konnte der Verein bereits viele Unterstützer und Kooperationspartner gewinnen und verzeichnet eine Mitgliederzahl von derzeit 51 Institutionen sowie Einzelpersonen. Doch nach diesem erfolgreichen ersten Jahr Vereinstätigkeit ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass am 01.06.2017 die Beratungstätigkeit der einzigen unabhängigen Ombudsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in Hessen eingestellt werden muss. Das Land Hessen hatte den 2016 gestellten Antrag auf Landesförderung abgelehnt, eine Unterstützung durch die Stiftung „Aktion Mensch“ ist ungewiss. „Nur über Mitgliedsbeiträge lässt sich die ombudschaftliche Vertretung nicht fortführen“, informiert Peter Röder, Vorsitzender des Vereins, die Mitglieder. Sollte die finanzielle Förderung über „Aktion Mensch“ ab dem 01.06.17 nicht fortgeführt werden, könnte das bereits das Aus des Projektes bedeuten.

Die Leidtragenden dieses Szenarios sind ganz klar die mehreren hundert Jugendlichen und anderen Hilfesuchenden, die von den ehrenamtlichen Beratern<sup>1</sup> der Ombudsstelle in den vergangenen fünf Jahren eine **unabhängige, schnelle und kostenfreie Beratung** und Hilfe bei rechtlichen und anderen Problemen mit freien Trägern oder Jugendämtern erhalten haben. „Wir sind verärgert darüber, dass das Land Hessen eine solche unabhängige Beschwerdestelle mit bestehenden Strukturen und einem Netzwerk an ehrenamtlichen Beratern nicht unterstützen will“, so Vorstands- und Gründungsmitglied Jürgen Hartmann-Lichter. „Zumal genau diese Unterstützung die schwarz-grüne Landesregierung laut Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt hatte.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Das Netzwerk der ehrenamtlichen Berater besteht aus ehemaligen Leitern von Jugendämtern, Einrichtungen und Heimaufsicht, pädagogischen Fachkräften oder auch ehemaligen Familienrichtern.

<sup>2</sup> Vgl. Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis90/Die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019 (S. 55)  
[https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files1000000/Koalitionsvertrag\\_2014-2019.pdf](https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files1000000/Koalitionsvertrag_2014-2019.pdf)

Auch im aktuellen Gesetzesentwurf für die Reform des SGB VIII (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz) beschreibt das Bundesfamilienministerium ganz eindeutig die Wichtigkeit unabhängigen Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche: *„Die Ombudsstelle als externe und unabhängige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort wird programmatisch im SGB VIII verankert.“* (§9a SGB VIII).

Der Verein begrüßt diese Formulierung und sieht hier eine weitere Bestätigung der ombudschafftlichen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Bleibt abzuwarten, in welcher Form diese Formulierung in der Praxis umgesetzt wird und wo die Verantwortlichkeiten dann liegen werden.

Bis zur Umsetzung der SGB VIII-Reform kann der Verein „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ nicht warten. Gelder werden dringend benötigt, um die Beratungstätigkeit aufrecht erhalten zu können. Nach Beschluss des Wirtschaftsplanes, der Sparmaßnahmen, eine Sammelbürgschaft sowie weitere Maßnahmen im Bereich Fundraising und Mitgliedergewinnung vorsieht, forderte die Mitgliederversammlung den Vorstand erneut auf, den Druck auf die Politik zu erhöhen. „Die Ombudsstelle und ihre Hilfeleistungen sind enorm wichtig für die Jugendlichen und (Pflege-)Eltern, die mit ihren Problemen zu uns kommen. Sie brauchen jemanden vom Fach, der unabhängig beraten und vermitteln kann. Außerdem ist es doch so, dass wir unsere Arbeit auch machen, um neue Fälle zu verhindern“, gibt ein ehrenamtlicher Berater bei der Mitgliederversammlung zu bedenken.

**Ansprechpartner:**

**Peter Röder**  
Vorstandsvorsitzender  
Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.  
Tel.: 069 / 79 47 6341  
Email: [peter.roeder@diakonie-hessen.de](mailto:peter.roeder@diakonie-hessen.de)

**Natascha Freund**  
Projektleitung Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen  
E-Mail: [ombudsstelle@dicv-limburg.de](mailto:ombudsstelle@dicv-limburg.de)  
Tel. 06431 / 997-203

---

Das Projekt „Ombudsstelle Hessen“ ist eine unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, die rechtliche Fragen und Probleme mit Jugendämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) haben. Indem die Ombudsstelle junge Menschen altersgerecht über ihre Rechte informiert und sie dabei unterstützt, eigene Selbstvertretungsstrukturen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auf- und auszubauen, leistet sie einen Beitrag zu Prävention und Kinderschutz. Getragen wird das Projekt durch den Verein „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ – Gründungsmitglieder sind alle Wohlfahrtsverbände in Hessen, der Deutsche Kinderschutzbund LV Hessen, der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste und das Institut für Vollzeitpflege und Adoption. Die Geschäftsstelle ist im Diözesancaritasverband Limburg angesiedelt, Projektleiterin ist die Juristin Natascha Freund.